



Ganzen eine gute gewesen sein, es trat aber an dem Tage, wo das Unglück geschah, eine bedenkliche Störung ein, indem durch Pulverförmigkeit zur Verhüllung eines neuen Stillorts der die von Tag einströmende Luft in die Arbeitsstrecken leitende Wetterseider zertrümmert und dadurch der Luftstrom abgelenkt wurde und einen anderen Lauf nahm. Es wäre nunmehr Pflicht der leitenden Beamten gewesen, die Förderung sofort einzustellen, bis der Wetterseider repariert und die Ventilation wieder in vollem Gange war. Dies geschah nicht. Zwar wurde Befehl gegeben, den Wetterseider auszubessern und gingen auch sofort mehrere Zimmerlätze an die Arbeit; man ließ aber ruhig den um sechs Uhr Abends stattfindenden Schichtwechsel vor sich gehen und die neue Mannschaft einfahren, obgleich diese von dem Ausfallenden gewarnt wurde.

Nach mehr als dreistündiger Arbeit war der Wetterseider wieder hergestellt, während welcher Zeit die Belegmannschaft vor Ort thätig war. Diese Zeit genügte vollaus, um die Wetter anzusammeln. Als nach dem Frühstück, ungefähr um halb zehn Uhr, die Mannschaft wieder an die Arbeit ging, war die Ventilation zwar hergestellt, es erlangten aber nunmehr die mittlerweile angesammelten Grubengase durch den Zutritt der atmosphärischen Luft ihre volle Explosionsfähigkeit. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß die aus Kohlenstoff und Wasserstoff bestehenden Grubengase ihre höchste Explosionsfähigkeit dann erlangen, wenn sie ungefähr ein Achtel des Lustraums absorbieren. Sobald sie stärker vorhanden sind, explodieren sie selten; tritt aber alsdann der nötige Sauerstoff hinzu, so daß sich das bezeichnete Verhältnis herstellt, dann genügt der geringste Funke, die Explosion zu erzeugen. Die nach der Explosion mit Kohlenstaub beschwängerte Luft ist so gefährlich, daß ein einziger Athemzug genügt, den Tod herbeizuführen! Daher kommt es, daß nach schlagenden Wetter in Folge der langsam abziehenden Stielluft, des sogenannten Nachschwaben, noch so viele Tötungen vorkommen. In dem vorliegenden Falle hatten sich offenbar in den länger als drei Stunden von der Ventilation abgeschlossenen Strecken erhebliche Mengen Grubengase angesammelt, die, weil sie leichter als atmosphärische Luft sind, sich nach der Decke zogen. Sobald die Ventilation in Gang kam, wurden die Gase in roirrende Bewegung gebracht, durch den Zutritt frischer Luft in hochgradige Explosionsfähigkeit beretzt und nun genügt die offene Lampe eines Bergarbeiters, um Tod und Verderben zu verbreiten.

Durch die Explosion erschreckt, warfen viele Arbeiter auf den entferntesten Strecken ihr Arbeitszeug hin und suchten zu entfliehen, gerieten aber in die nachziehende, mit Kohlenstaub beschwängerte Luft und erstickten. So entstand die große Zahl der Toten. Von der eigentlichen Explosion wurden nur 36 getroffen, 53 erstickten und von diesen 37 wieder dadurch, daß sie in der Angst ihre sicheren Plätze verließen.

Diese wahrheitsgetreue Darlegung bereinigt die von der Verwaltung und der Presse gemachte Behauptung, daß „Niemand“ die Schuld trage, endgiltig. Hätte die Verwaltung, da die Sprengung der Adoloren in unmittelbarer Nähe des Wetterseiders geschah, durch Errichtung einer festen Schießwand Parolage getroffen, daß der Wetterseider nicht zertrümmert werden konnte, so bliebe die Ventilation ungestört und das Unglück war unmöglich. Nachdem aber einmal dieses Versehen vorgekommen war, es Pflicht der Verwaltung, sobald ihr die Beschaffenheit des Wetterseiders gemeldet wurde, deren notwendige Folgen sie kennen mußte, sofort Schicht zu gebieten und die Ausfahrt der Belegmannschaft zu veranlassen. Statt dessen arbeitete die Mannschaft volle drei Stunden in Strecken mit vollständig gestörter Ventilation, und in einem Werk, dessen Bau für schlagende Wetter sehr empfänglich ist.

Wäre statt dessen die Arbeit unterbrochen worden, wäre, wie es jeder Fachmann als selbstverständlich finden wird, die Arbeit erst wieder aufgenommen worden, nachdem durch eine mehrstündige wiederhergestellte Luftzirkulation die Strecken frei gelegt waren und eine vorläufige Untersuchung mit der Sicherheitslampe keine Luft ergab, — so wäre das Unglück unmöglich gewesen. Eine höchstens sechsstündige Unterbrechung der Arbeitszeit hätte 89 Menschen das Leben gerettet!

Warum hat man das nicht getan? Des elenden Geldgierwinnes halber! Der Brüdenbergischacht steht finanziell sehr schlecht und war schon seit Jahren. Der frühzeitige und heftige Winter war der Kohlenkonjunktur günstig, die Preise stiegen, weil die Kohlen fehlten. Es galt also, die Konjunktur auszunutzen. „Wir brauchen Kohlen“ war die Losung und so wurden leichtsinnig 89 Menschen in den Tod gerieben.

Nun, die sozialistischen Abgeordneten im sächsischen Landtag werden dafür sorgen, daß die Katastrophe zur Sprache kommt und daß auch die verbrochenen Fehler aufgedeckt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden!

Diese neueste Katastrophe hat aber auch wieder die Frage angezogen: wie ähnlichen Unglücksfällen am besten zu begegnen sei? Die Antwort lautet: Durch Expropriation der Gruben zu Gunsten des Staats! In jener Bismarck's Zusammenkunft erklärten sich sämtliche Anwesende mit dieser Idee einverstanden.

Wenn mit einem Vertrieß durch den heutigen Staat auch irgend ein sozialistischer Zweck erreicht wird, so hat derselbe doch für die Arbeiter große Vorteile und das Prinzip, daß die im Staat repräsentierten Gesamtinteressen besser bewahrt werden können, wird irgend eine Privatunternehmung oder eine Anzahl von Privatunternehmern, erlangt eine neue Stufe. Alles, was für den Eisenbahnbetrieb im Großen spricht, spricht selbstverständlich auch für die zentralistische Verwaltung des Kohlenbergbaus durch den Staat. Derselbe ist bei diesem um so leichter, da sich derselbe nur auf ein verhältnismäßig kleines Terrain erstreckt.

Es soll nicht Aufgabe dieses Artikels sein, die Vorteile eines zentralistischen Betriebs für den Staat als Unternehmer darzulegen; wir wollen vielmehr kurz die Vorteile hervorheben, die für Leben, Gesundheit und materielle Existenz des Arbeiters dabei herauskommen.

In erster Linie würde die Sicherheit des Betriebs ganz bedeutend gewinnen, weil alsdann alle Grenzen zwischen den einzelnen Werken aufgehoben und die Ventilation die denkbar beste werden kann. Sicherheitsmaßregeln, die heute im Einzelbetrieb kaum möglich sind oder nur unvollkommen aufgeführt werden, weil sie zu große Kosten verursachen, könnte der Staat, der mit

den Erträgen der guten Werke die Unterbilanz der schlechten übertragen kann, durchführen.

Die Freizügigkeit der Arbeiter innerhalb des ganzen Reichs würde mit einem Schlage durchgeführt, wogegen heute der Arbeiter in Rücksicht auf Unterhaltungsverhältnisse an ein bestimmtes Werk gebunden ist. Eine Gefahr für die Unterhaltungsverhältnisse, wie sie gegenwärtig bei vielen Werken in Folge der schlechten Erträge des letzten Jahre eingetreten und der gesteigerten Krankheits- und Invaliditätsfälle andererseits vorhanden ist, könnte nicht vorkommen. Die Pensionen- und Krankenunterstützungen könnten erhöht werden und es brauchte nicht bei jedem größeren Unglücksfall an das öffentliche Mitleid appelliert zu werden, wie dies jetzt geschieht. Thatsache ist, daß die Gewerkschaft des Brüdenberg dreimal hinterher wäre, wenn sie die Hinterlassenen der Getödteten aus ihren Mitteln entschädigen sollte. Mit dieser Hypothese ist die vollständige Unzulänglichkeit des so viel gerühmten Knappheits-Kassenwesens erwiesen.

Merkt dies würde auch der Staatsbetrieb, d. h. der Betrieb seitens des heutigen Staates nicht die volle Freiheit des Arbeiters sichern. Die Maßregelung politisch Mistliebiger würde in vollem Maße durchgeführt werden können; aber Schlämer, wie es gegenwärtig ist, kann es schwerlich werden. Die Intoleranz, der Haß und die Verfolgungswuth der Bourgeoisie ist so groß und geht gewöhnlich so in's Kleinliche und Verleedende, daß jede Aenderung des Herrschaftsverhältnisses als eine Verbesserung angesehen werden muß. Das haben die deutschen Arbeiter im Laufe der letzten Jahre tausendfältig erfahren.

Sicher ist, daß die Uebernahme des Kohlenbergbaus durch den heutigen Staat seine bereinigte Umwandlung in sozialistischen Betrieb erleichtert. Jed e Sozialist ist ein Sozialist und Produktionsmittel müssen willkommen sein! Der Kleinwerkbetreibende wird vom Kapitalist, der Kapitalist von den associirten Kapitalisten, die associirten Kapitalisten werden vom Staat verdrängt. So potenzirt sich der Aushausungsprozess bis eines Tages der heutige Staat seine kapitalistische Seele ausgebläut bekommt und in den sozialistischen Staat verwandelt wird.

Wenn die Bismarck's Katastrophe dazu beiträgt, die Erkenntnis von der Nothwendigkeit einer solchen Umwandlung in weiteren Kreisen zu verbreiten — und das scheint uns der Fall zu sein — oder gar diesen Umwandlungsprozess ein Stück vorwärts zu treiben, so soll dies unseren Vorkurs über die leichtsinnige Preisgabe von Arbeiterleben einigermaßen dämpfen.

Leider wird, wie heutigen Tages noch die Dinge liegen, meist aller Fortschritt nur durch Menschenopfer erkauft: heute auf dem militärischen Kriegsschauplatz; morgen auf dem industriellen, übermorgen auf dem sozialistischen.

Die Sache des Sozialismus ist es, dem ruhigen, friedlichen, ungeschickten und unangenehmen Fortschritt der Menschheit die Bahnen zu ebnen.

### Die Lage der Arbeiter in Polen.

Wenn es in westlichen Europa genug Advokaten, Journalisten und sonstige Leute gibt, welche behaupten, daß es eine soziale Frage gar nicht gebe, so fehlt es auch in Polen an Vertheidigern der Sache der Bourgeoisie durchaus nicht. Reactionäre, Liberale und Radikale, alle Vertheidiger des alten politischen Polens gehen einig mit einander in der Bekämpfung der Sozialisten; sie behaupten, die Polen hätten nicht nötig, sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen und alle ihre Bestrebungen müßten nur auf das einzige Ziel der politischen Emanzipation gerichtet sein.

Einige, am 11. Quellen entnommene Ziffern werden Indessen eindringlicher als lange Reden den Lesern beweisen, daß die wirtschaftliche Lage der polnischen Arbeiter ebenso traurig, wenn nicht trauriger ist, als die der Arbeiter anderer europäischer Staaten.

Die Entwicklung der Industrie schreitet in Warschau immer mehr voran; das Kapital gedeiht, der Arbeiter aber leidet. Man betrachte nur die folgenden Zahlen:

	1878	1879
I. Fabriken und Hüttenwerke	258	273
Beschäftigte Arbeiter	12,381	12,986
Produktionskosten	Rubel 24,181,994	27,228,859
II. Werksstätten	3,636	4,329
Arbeiter (Gehülfen)	6,743	7,829
Lehrlinge	9,240	10,000

Produktionskosten 17,845,970 Rubel 23,031,636  
Der mittlere Arbeitslohn beträgt 255 Rubel 52 Kopfen jährlich, was ungefähr 1022 Franken (817/8 Mark) ausmacht.  
Die Frage ist nun, wie man um diese Summe in Warschau oder einer andern Stadt Polens leben kann (mit andern Worten: welche Kaufkraft sie besitzt). Wir nehmen als Grundlage unserer Berechnung eine aus vier Gliedern bestehende Familie.

Eine offizielle Kommission veranstaltete eine Untersuchung der Lage der arbeitenden Klassen in Warschau. Nachdem sie 132 Wohnräume besichtigt, welche sie von 1206 Personen (also 9 auf einen Raum) bewohnt getroffen hatte, — kam sie zu folgendem Schluß: 147 Wohnungen, von 468 Personen bewohnt, seien vollkommen unbewohnbar. Für eine Arbeiterwohnung muß trotzdem im Durchschnitt 6 Rubel pro Monat bezahlt werden. Rechnet man hierzu monatlich Fleisch (1/2 Pfd. die Person täglich) 4 R. 50 K., Gemüse, Mehl, Käse 6 R., Brod (3 Pfd. täglich) 3 R. 90 K., Salz, Pfeffer, Fett, Del 3 R., Beleuchtung 1 R. 50 K., Heizung 2 R. — so erhält man an nöthigen Ausgaben für den Monat 26 R. 90 K. und für das Jahr 322 R. 80 K. Es bleibt demnach ein Defizit von 67 Rubel 28 Kopfen. Und doch sind Kleidung, Schuhe, Wäsche und andere notwendige und unabsehbare Bedürfnisse in der Berechnung noch nicht inbegriffen. Vergessen wir ferner nicht, daß der Meister oder Arbeitgeber einen Theil des Lohnes für die Krankenkasse zurückhält. Und wie sind diese Klassen beschaffen? Ein Arzt besuchte einen Kranken, welcher die lächerliche Unterstützung von 30 Kopfen täglich erhielt.

Diese arithmetische Demonstration ist schlagend. Ist es unter solchen Umständen noch am Platz, zu überlegen, ob die Organi-

zung einer sozialistischen Partei in Polen ein zwingendes Bedürfnis sei?

Betrachten wir jetzt die Lage in Galizien, welches nicht einer absoluten Gewalt unterworfen ist, sondern einer „konstitutionellen“ Regierung. Die landwirtschaftliche Produktion nimmt stetig ab und von Jahr zu Jahr vermehren sich die Schwerkriegleiten der Ernährung des galizischen Volks. Ruthenen und Polen, die Polen leiden oftmals Hunger und diese Geißel steht wieder einmal für das neue Jahr in sicherer Aussicht.

Die wirtschaftlichen Bedingungen, unter welchen der Bauer lebt, sind die elendesten. Nach den statistischen Aufstellungen Kapaci's gibt es 653,637 Kleinbesitzer, welche fast alle zu gleicher Zeit Eigenthümer und alleinige Behauer ihrer Grundstücke sind, und welche im Durchschnitt 4 Hektaren pro Familie besitzen, von denen aber nur 1/4 ertragsfähig sind. Dazu kommt, daß der Mangel an Wegen, welche das Land durchziehen (die vorhandenen dienen nur den Interessen der Großgrundbesitzer) und das gänzliche Fehlen jeglichen Handels das Land im Zustand einer fast vollständigen Stagnation erhalten. Der Kleinbesitzer, der Bauer weiß nicht, wovon er seine Familie ernähren und die Steuern bezahlen soll. Und die letzteren sind wahrhaft erschreckend und werden immer erhöht. Erst in jüngster Zeit hat die Regierung wieder ihre Absicht zu erkennen gegeben, Zucker, Kaffe, Petroleum und eine Menge anderer Genussmittel mit einer indirekten Steuer zu belegen.

Hatten die achtzehn, noch immer im Krakauer Gefängnis lebenden jungen Sozialisten Recht oder nicht, wenn sie die Lehren des Sozialismus predigten? Diese Frage stellen, heißt sie beantworten.

### Sozialpolitische Rundschau.

Eine famose Charakteristik des deutschen Parlamentsvertrags liefert eine durch die ganze Presse gehende Nachricht, der zufolge der nächste Reichshandelsvertrag in Voraussicht der Annahme des Gesetzes über die Verlängerung der Staatsperiode den bereits für die Rechnungsjahre 1880-81 und 1881-82 vorgelegt wird. Wie so sicher ist die Regierung ihrer Sache, und so wenig hält sie es für nöthig, die einfachste Form zu beobachten, daß sie die geistlichen Beirath und Zustimmung des getrennten Reichstages nicht einmal mehr abwartet, sondern sich gleich selbstständig darauf einrichtet! Nun, was kann es mit Erfolg sein, wenn die Dinge immer mehr ihres bestechenden und irrleitenden Scheins entleert werden und sich dem deutschen Volk und der ganzen Welt in ihrer wahren Gestalt zeigen. Es ist die notwendige Voraussetzung der Verbesserung der Zustände, daß die Unterthanen sich nicht in dem Traum wagen, wohlverachtete Bürger zu sein, welche Einfluss auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten haben. Der Reichstag soll wissen und fühlen, daß er Reichstag ist, dann empfindet er erst die Nothwendigkeit sich seines Herrs zu entledigen. Und wenn man erst den Zweck will, finden sich die Mittel stets.

Die von der preussischen Regierung so gelungen arrangirte parlamentarische Zweckmühle hat jetzt zur Abwechslung wieder einmal nach der andern Seite ihre Schuldigkeit getan. Bei den Rollen haben die Ultramontanen mit den Konserwativen den Rollen der Regierung gegen die Liberalen durchzusehen; bei den Eisenbahnvorlagen überstimmten die Liberalen mit den Konserwativen die Ultramontanen, und jetzt bei der Interpellation wegen der Simultanfragen werfen wieder die Ultramontanen ihren Einfluss zu Gunsten der Regierung und gegen die Liberalen in die Waagschale. Und so kann das geistliche Spiel noch lange fortgehen und die Regierung durch abwechselnde Gruppierung der mit ihrer Dienstbereitschaft rivalisirenden Parteien jeden ihrer Wünsche durchziehen. Daß die Ultramontanen in der Simultanfrage die Regierung unterstützen würden, war übrigens war natürlich, denn die angebotene Entscheidung des Ministers war ja in ihrem Interesse getroffen und einen vassenden Minister als Bismarck's Schwager Bundestag könnten sie auch nicht so gleich finden. Und vor Allem in der Schulfrage sind sie einander sympathisch; denn in des Ministers Meinung, daß die Schule nicht in das unferle Meer einer bloß humanitären allgemeinen Bildung hinauszuere, sondern fest begründet bleibe auf der unerschütterlichen Grundlage, die aus dem Ewigem entspringt und in das Ewige zurückführt, — in dieser Meinung, deren notwendige Konsequenz die Konfessionsfrage ist, begegnen sich beide Theile. Es war daher kein Wunder, daß der Kultusminister eine Majorität von 98 Stimmen erhielt und damit prinzipiell das Todesurtheil über die Simultanfragen ausgesprochen wurde. Die Reaktion ist eben unheilbar und muß sich auf jedem Gebiet heftigen. Sie muß sich um die Schuld der geringen Budgetstände, welche ihr vom Reichstag abgerungen worden waren, wieder abtheilen, bis das Maß voll ist!

Die deutsche Presse ist angefüllt mit wahrhaft haarsträubenden Berichten über die Hungersnöth in Obergalizien. Gelagerte Suderuben, proflante Krautblätter, wässrige und verfaule Kartoffeln — kurz Dinge, welche sonst einzig als Viehfutter benutzt werden, ja zum Theil nicht einmal zu diesem gebraucht werden können, machen die einzigen Nahrungsmittel von zehn Tausenden aus. Ja, die Hungersnöth wären noch tropf, wenn sie von diesen eilen, bei zur Kraftbildung kaum in Betracht kommenden Nahrungsmitteln nur genug hätten, während in vielen Gegenden thatsächlich absolut gar nichts mehr vorhanden ist und die Armen vor dem Hungertod lediglich durch die öffentliche Wohlthätigkeit errettet werden können. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß der Hungersnöth in Galizien immer mehr um sich greift. In Szalonia (Kreis Krasnopol) sind bereits 5, in Alt-Gole 5, in Lubowia 7, in Opa 10 schwere Fälle konstatiert. Und da die Grundbedingungen für die Entwicklung und leichte Verbreitung der Krankheit durch die schreckliche Ernährungswiese, die mangelhafte Bekleidung und die oft geradezu ungläublich erbärmlichen Wohnungsverhältnisse in vollem Maße vorhanden sind und eine ausgiebige, dauernde Hilfe noch immer nicht eingetreten ist, so wird eine Massenstarbung nicht auf sich warten lassen. Mit einem Wort:

der Nothstand ist durch den bedenklichen Zustand der nothleidenden Bevölkerung nicht mehr fern von dem des Jahres 1847.

Eine wirkliche Hilfe kann hier nur die Gesamtheit der Staat leisten und sie zu gewähren ist seine Pflicht. Aber der Staat hat ja unter der Klassenherrschaft weit wichtigere Aufgaben, als daß er für solche Lappalien, wie Leben und Gesundheit von einer halben Million armer Menschen, Zeit und Geld übrig hätte. So glaubte denn auch die preussische Regierung mit dem Betheilsienning von 925,000 Mark Darlehen an die nothleidenden Kreise und 300,000 Mark „Staatshilfe“ an den Landarmenverband vollaus genug getan zu haben und ließ, während die Noth täglich höher steigt, kein Wort von sich hören, so daß sie erst durch eine Interpellation zum Reden gezwungen werden mußte. Da war sie dann freilich, wie gewöhnlich, mit guten Versprechungen reichlich bei der Hand und verließ, dem Landtag nicht nur eine Kreditforderung, sondern Vorsehung für die nothleidenden zugehen zu lassen, sondern auch Mittel zu ergreifen, um die Wiederkehr solcher Nothstände zu verhindern. Von letzterem nun ganz zu schweigen — denn zu diesem Zweck müßten die ganzen Besitz- und Produktionsverhältnisse grundsätzlich umgestaltet werden, woran die heutigen Machthaber nicht denken — braucht die Regierung aber auch zu erstem noch einige Wochen Zeit zu den „nothigen Erhebungen und Vorbereitungen“, während denen die Nothleidenden ruhig weiter hungern, weiter frieren und weiter sterben können. Hof, Adl, Bourgeoisie, „Volksvertreter“, Bürokratie, all die Mächtigen und Reichen wollen ja auch Zeit haben, sich vor richterlichen Weihnachtsschmücken und an gabelbedeckten Tafeln der Festtage zu erfreuen: was wird sich da die Freude durch die Einwirkung an die gleichen Zusammengefaßten der Nothleidenden verheeren lassen? Diese sind das Uebel der Noth und die Ursache der Noth. Auf einige Tage und Wochen kommt da nicht an!

Die österreichisch-ungarische Regierung hat an die „Volksvertretungen“ der beiden Reichshälften das unverfrorene Verlangen gerichtet, daß dieselben im Interesse des Vaterlandes und dessen Sicherheit natürlich für volle sechs Jahre auf ihr verfassungsmäßiges Militärabgabewilligkeitsrecht verzichten sollen, indem sie die Friedenspräsenzstärke der Armee für diese Zeit unverändert auf 800,000 Mann festsetzen. Wie richtig die Regierung dabei die Wichtigkeit der Parliamentsarbeit argwägt hat, beweist, daß der ungarische Reichstag und das österreichische Herrenhaus dem Verlangen der Regierung sofort nachgegeben haben. Nur das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes oder vielmehr die liberale „Verfassungspartei“ besteht iperite sich etwas gegen die ihr zugemessene Entäußerung eines ihrer wichtigsten Rechte. Ohne die Zustimmung eines beträchtlichen Theiles dieser Partei könnte aber die Regierung ihren Willen nicht durchsetzen, da zur Verwirklichung einer Zwangsmaßnahme erforderlich ist. Es wurden deshalb sehr von Seiten der Regierung die äußersten Anstrengungen gemacht, Drohungen, Versprechungen, Schmeicheleien und Pressionen aller Art auf die Widerbeständigen ausgeübt und jeder einzelne „Verfassungstheoretiker“ auf's Eindringlichste bearbeitet. In der „antofationeller“ Weise mißachtete sich sogar der Kaiser persönlich dazwischen, befahl den Führern der Liberalen zu sich und sprach ihnen seinen unabänderlichen Willen an und die Erwartung aus, daß seine getreue Opposition nachgeben werde. Und die Liberalen müßten natürlich von andern Holz geschnitten sein, wenn sie solchen Pressionen hätten widerstehen können. In der dritten Lesung verhielt sich auch die Regierung das verlangte Weihnachtsschmücken. Der Liberalismus ist eben überall derselbe erbärmliche, kraftlose Geselle. Ebenso wenig als die Nachgiebigkeit der Verfassungspartei soll es auch wundern, wenn die deutsche Regierung bei Ablauf des deutschen Militärabgabewilligkeitsrecht im nächsten Frühjahr als einen weiteren Grund für eine bedeutende Erhöhung des Militärbudgets die Erhöhung und zehnjährige Fixirung des österreichischen Friedensstandes anführt. Und so fort mit Grauel!

Die ökonomische Macht des Kapitals überall und unter allen politischen Institutionen zu derselben Entschiedenheit und Anrechnung des arbeitenden Volkes führt und wie der republikanische Arbeitgeber seinen Arbeitern gegenüber dieselbe rücksichtslose Gewaltthat ist, wie der monarchische, konstitutionelle oder wie es sich sonst nenne — zeigt ein geradezu schändlicher Fall von Arbeiterverfolgung in der Schweiz, welcher aus der letzten kantonalen Arbeitervereins-Delegirtenversammlung in Zürich berichtet wurde. In Ulm hatte ein Arbeiter sich über Angehörungen des Fabrikgesetzes bei der Direktion des Innern beschwert. Diese sandte den betref. Brief an Statthalter Frei und dieser brachte ihn in die betref. Fabrik, wo man natürlich den Klammirenden alsbald erwiderte, daß hieraus folgen, zugelassen wurde. Wohl saß der Gemüthsgelente Arbeit in einem andern Bobris, kaum aber war er ein paar Tage in Arbeit, so wurde er auch dort entlassen. Noch mehr! Seine Frau, welche die Seidenweberei für einen Fabrikanten am See und als sie das „Wupp“ ablieferete, erklärte ihr der Fabrikant, er habe keine Arbeit mehr für sie. Der Mann, der dazu noch ein Krüppel ist, versuchte nun, durch einen Hausverkauf sein Leben durchzubringen. Aber er war einmal im Noth und Mann erklärt und die Fabrikanten verboten ihren Arbeitern, dem Krüppel etwas abzukaufen. So erging es einem übrigens ganz ruhigen Bürger, der einzig die „Freiheit“ hatte, sich auf das Fabrikgesetz zu berufen und deshalb von der Behörde selbst den Herren zur Rache denunziert wurde.

Der jüngste französische Arbeiterkongreß in Marseille hat bekanntlich die Organisation des französischen Proletariats in einer von allen andern Klassen und Parteien getrennten, festgeschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei beschlossen. So vollkommen wir mit diesem Beschluß, den wir als die wichtigste Aufgabe des Kongresses von Anfang an bezweckt hatten, einverstanden waren, so wenig Hoffnung hatten wir leider, den Beschluß unter den vorhandenen Verhältnissen alsbald in die That überlegt zu sehen. Um so erfreulicher ist es für uns zu sehen, daß von Seite der entwickeltesten französischen Gewerkschaften mit Eifer und Hingebung daran gearbeitet wird, die Arbeiterbestrebungen immer mehr auf den rechten Weg zu leiten, sie auszubilden und sie in einem politisch aktionsfähigen Parteigebilde zusammenzufassen. Als erstes Mittel zu diesem Zweck begründete die in der letzten Kongresssitzung gewählte Reichskommission, welche sich sofort

als „Comité général exécutif“ konstituirte, ein offizielles Parteiorgan, dessen Probenummer uns soeben zugegangen ist. Daselbe führt den Titel „La Fédération. Bulletin Mensuel des Intérêts du Proletariat Français“ (Der Bund. Monatschrift für die Interessen des französischen Proletariats) und erscheint in der ersten Woche jedes Monats unter Redaktion des als Berichterstatter des Pariser Kongresses rühmlich bekannten Genossen Lombard in Marseille. Das neue Organ macht sich keineswegs das Studium der sozialen Frage und die Lösung der Aufgabe, welche Felder es ganz und gar den schon bestehenden und noch zu gründenden politischen Blättern der Partei zur Debatte überläßt; es will lediglich über die Bildung neuer Arbeiterorganisationen und deren Gruppierung, über Beclammlungen und Vereine, Arbeitseinstellungen, mit einem Wort, über den Stand der französischen und allgemeinen Arbeiterbewegung unparteiisch berichten.

Dieser Aufgabe getreu liefert die „Fédération“ gleich in ihrer Probenummer interessante Berichte über die Fortschritt, welche die französische Arbeiterbewegung seit dem letzten Kongreß gemacht hat. Die Syndikatskammern und sonstigen Arbeitervereinigungen von Marseille haben bereits Vorbereitungen zu einer engen Verbindung geschloffen und letztere wird bald eine Thatfache sein. Andere Städte sind auf dem besten Weg, diesem Beispiel zu folgen; so haben sich die 16 Syndikatskammern von Toulouse bereits verbündet. Verschiedene Gruppen sozialer Studien sind neu begründet worden. Von größter Wichtigkeit ist die Entwicklung der sozialistischen Presse. Den ersten Rang nimmt hier entschieden die mit Neujahr erscheinende „Revue socialiste“ ein, welche von einem bekannten Kommunisten redigirt wird und an welcher sich die hervorragendsten französischen und ausländischen Sozialisten als Mitarbeiter betheiligen. Diese „Revue“ wird wenigstens hinsichtlich der politischen Parteibildung, von noch größerer Bedeutung sein als es unsere deutsche sozialistische „Revue“, die „Zukunft“, war; nämlich insofern, als sie die Aufgabe hat, die Vertreter der verschiedenen sozialistischen Schulen Frankreichs auf dem Wege des gemeinsamen Studiums einander zu nähern, die zahlreichen, auf falschen Voraussetzungen beruhenden Gegensätze, welche zwischen ihnen herrschen, allmählig auszugleichen und alle Kräfte vereinen dem Zweck der planmäßigen, zweckbewußten Emanzipation des Proletariats durch Organisation der französischen Arbeiterklasse dienstbar zu machen. Neben dieser „Revue“, auf welche wir demnächst des Ausführlicheren zurückkommen werden, wird in Marseille demnächst ein sozialistisches Wochenblatt erscheinen, welches das Parteiorgan für den Süden bilden wird. In Lyon und Besançon (Sard) werden tägliche Blätter gegründet.

Der Pariser Kongreß hat das Land hinsichtlich der Parteioorganisation in sechs Regionen eingetheilt: 1) Paris — Zentrum, 2) Lyon — Osten, 3) Marseille — Süden, 4) Bordeaux — Westen, 5) Lille — Norden, 6) Algier — Algerien. Künftigen Mai werden in diesen sämtlichen Regionen, bezw. deren Hauptstädten Regionalkongresse abgehalten werden. Dieselben werden sich nicht nur mit der Propaganda und Organisation in ihren Regionen befassen, sondern auch Material für den künftigen Zentralkongreß sammeln und führen. Die deutschen Sozialdemokraten folgen diesen eifrigen Bemühungen der französischen Arbeiter selbstverständlich mit den eifrigsten Sympathien.

Dem italienischen Arbeiter und zwar sowohl dem Lohnsklaven als dem Landproletariat geht es im Allgemeinen noch ein gutes Stück schlechter, als seinen Leidensgenossen in Deutschland, Frankreich und England. Ein recht großes, aber keineswegs übermäßig großes Bild der Noth des italienischen Volkes entwirft der „Operaio“ von Venedig. Es gibt, sagt er, kein Land, in welchem der Arbeiter (im großen Ganzen) so schlecht gehalten und bezahlt ist, wie in Italien. Und während einerseits der Preis der Lebensmittel steigt, sinkt der Lohn unaufhörlich. Die 300,000 Leineweber der Lombardei erhalten 4 Franken pro Woche. Die ungesunde Arbeit in den Reichshäutungen trägt der armen, von Fieber erkrankten Arbeiterin höchstens 50 Centimes pro Tag ein. In der Provinz Como arbeiten 2000 Kinder unter neun Jahren bis 14 Stunden täglich für 10—15 Centimes. Venedig hatte zu Ende des vorigen Jahrhunderts bei einer Bevölkerung von 123,000 Einwohnern nur 2000 Arme; 1802 zählte es bei der fast gleichen Einwohnerzahl 32,422, 1866, 35,000 und 1870, 35,725 Arme. Der Tageslohn der benedictinischen Verlebarbeiter beträgt 26—30 Centimes pro Tag. Die Zahl der Proletariat hat bereits 22 Millionen erreicht — bei 28 Millionen Gesamtbevölkerung, so daß also mehr als drei Viertel aller Bewohner Italiens absolut heillos ist!

Unter so hochgradig elenden Umständen und da die Italiener nicht von so geduldgigen Temperament wie die Deutschen sind und außerdem ihre politische Bildung noch in den Windeln stecken ist, natürlich erklärlich, daß Ausbrüche der Volkswut häufig in der jetzigen Zeit der äußersten Noth — nach einer Abgerate und bei intensiver Kälte — nichts Seltenes sind. In Legnano stellte eine Delegation den Petrus an, wodurch 300 Arbeiter brodtlos wurden. Die Leute verlangten ihren ausständigen Arbeitslohn, erhielten aber für Antwort, daß die Handelskammer in Mailand verboten habe, Auszahlungen zu machen, und daß die Arbeiter in die gleiche Linie der anderen Gläubiger gestellt werden. Wer gibt Brod armen Weibern, unseren Kindern? schreien die wuthwüthenden Arbeiter. Aus den benachbarten Stationen kam Gendarmen an und von Mailand aus rückte man 50 Infanteristen, welche bereit die Ordnung wieder herzustellen. Tumulte in größerem Umfange fanden in Padua statt. Eine große Masse hungriger Tagelöhner zog dort mit Frauen und Kindern vor das Rathaus, um Brod und Arbeit zu fordern. Sie wußten mit Gewalt in das Gebäude einzudringen, wurden jedoch von Sicherheitsmannschaften und Militär zurückgedrängt und begaben sich nach dem Polizeipalast, ohne indessen auch hier das Gebäude betreten zu können. Die Petrus wütheten einige Stunden wiederholt, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gab; schließlich kapitulirte die Arme eine Vorstadt und hürmten einige Bäckerläden und andere Nahrungsmitteleinrichtungen, um ihren Hunger zu stillen. Ähnliches geschah auch in Ferrara und in Rom selbst. In Anagni bei Brescia waren es Bauern, welche Brod und Arbeit verlangten, ebenso in Sermonde. Hier wogen sie 700 Mann stark vor das Municipio und drohten, als sie keine befriedigende Antwort erhielten, mit Gewalt in das Gebäude einzudringen. Auch hier

schritt Militär ein. In der Nacht sollten die bei diesen Vorgängen Verhafteten befreit werden, was man nur durch die Nothlage verhindern konnte, daß dieselben bereits nach auswärts abgeführt worden seien. In Parma verlangten zahlreiche Handarbeiter vor dem Municipalpalast, bei der Begründung des gefälligen Schusses beschäftigt zu werden und drohten auch hier mit Gewaltthaten, was zur Einmischung der Polizei führte. Ähnliche Fälle kamen noch in verschiedenen Gegenden vor.

Freilich wird durch solche vereinzelte, planlose Ausbrüche wenig erreicht; allein Hungrigen ist schwer Vernunft predigen, und wenn die Bevölkerung auf's äußerste getrieben wird, dann stehen noch ganz andere Szenen bevor. Mächte die herrschende Klasse diese Dinge sich zur ersten Warnung dienen lassen und die Wölfe des Hasses und der Verzweiflung bei Zeiten und nach Kräften zerkleinern. Weh ihnen, wenn sie das Weiterleuchten des heranziehenden Gewitters nicht beachten und wenn erst Blut und Donner ihnen die blöden Sinne öffnen müssen!

Die amerikanische Bourgeoisie hat abermals einen schlagenden Beweis für die, übrigens allbekannte und historisch festgestellte Thatsache geliefert, daß die herrschende Klasse kein Mittel scheut, um ihre Macht und Schmach zu erhalten, und daß sie, die dem „unheimlichen Volk“ gegenüber, das die „Freiheit“ auf der Zunge führt, selbst die erste ist, die Gesetze auf das Gewissen- und schamloseste zu brechen und die offenkundigen Verbrechen und Gewaltthaten aller Art zu begehen, sobald sie mit dem zur Unterdrückung des Volkes gemachten Gebrauch machen. Man erinnere sich, daß die kalifornische Arbeiterpartei bei den letzten großen Wahlen bedeutende Erfolge erlangte, indem sie in einer größeren Anzahl Städte und Stadttheile zum Mayor (Bürgermeister) von San Francisco, zu Richtern, zu Justizräthen, zu Mitgliedern des höchsten Gerichtshofes, sowie verschiedenen Kolonial- und anderen Ämtern gewählt wurde. Statt sich mit aber in das Unvermeidliche zu ergeben, gab die vollkommen geistlich und mit großer Mehrheit gewählten Volkswahlmannschaft an, welche die geschlagenen Bourgeois unter Anwendung der Behörden und Gerichte von San Francisco durch Zufassung in dergleichen Art zu entsetzen. Die letzten einen Protest gegen die Gewählten ein, auf Grund ihrer in Kalifornien, wie in andern Staaten existirenden Verfassung, die Wahl eines Kandidaten, der seine Wahl durch Versprechen oder durch Bestechung irgend welcher Art zu erlangen sucht, ungültig ist und durch jeden Bürger beanstanden werden kann. Nun haben die Kandidaten der kalifornischen Arbeiterpartei bei der Wahl versprochen, einen Theil des auf die betreffenden Ämter fallenden, übermäßig hohen Gehaltes in den Kommunalbehörden zurückzulassen. Und dieses Versprechen ist seitens der Gerichte eifriger Anstalt als entgegen den Bestimmungen des oben angeführten Gesetzes betrachtet und in Folge dessen der Prozess zu Ungunsten der Arbeiterkandidaten entschieden worden.

Die kalifornischen Arbeiter und insbesondere die von San Francisco sind über dieses schandliche Gerichtsurtheil, welches kurzer Hand die ganze gleichmäßige Wahl annullirt, mit Recht sehr empört. Die Bourgeois sind nach eiligem Ansehen ist, — erklärlicherweise im höchsten Grade erbittert. Dieselben sind auch durchaus nicht gewillt, sich vor den Bourgeois ohne Widerstand vergewaltigen zu lassen. Der Arbeiterführer Kearny berief sofort nach geschehener Entscheidung eine Massenversammlung, in welcher er erklärte, daß, wenn die Monopolisten die Ertröckung der Arbeit um ihr Recht betrügen sollten, wenn der seltsame Stimmmittel nichts mehr nütze, dann müßten die Arbeiter ihren Vertretern mit Dolch und Kugel zum Amt helfen. „Ich sage Euch“, fuhr Kearny fort, „Ihnen Gerichten und Richtern die Hölle zum Trost, müssen diese Leute, wenn der Tag gekommen ist, in ihr Amt eingesetzt werden. Ich bewillige Euch halbes Euch bereit, denn die Deppen, welche wir erwählt haben, müssen in ihr Amt eingesetzt werden, und zwar mit Gewalt, wenn nöthig. Ich meinsichers, ich werde meiner Frau und meinen Kindern den Abschiedsgruß geben, werde meine Mühseligkeiten und mich auf die Straße begeben, bereit, die Kugel, die ich gestimmt habe, in ihre Arme einzuführen. Wenn Ihr nicht den Muth zeigt, den ich von Euch erwarte, werdet Ihr ewig Sklaven sein Arbeiter! Eure Zeit ist gekommen. Ich fühle es in allen meinen Knochen, daß es meine und Eure Pflicht ist, jene Leute in ihre Kerker einzuführen. Macht Euch auf das Schlimmste gefaßt, verheißt Euch mit Kugeln, Keulen und Pistolen. Keiner soll an jenem Tage zur Arbeit gehen. Ich weiß ein oder zwei Tausend von uns werden getödtet werden, aber auch alle Uebel werden umkommen. Und alsdann wird die Verammelten aufstehen, den Willen des Volkes um jeden Preis und durch alle Mittel durchzusetzen, sämtliche Lohnarbeiter zu erhöhen ihre Hände zum Heil des Mannes! Man kann sich demnach, wenn die Bourgeois nicht geneigt sind, dann Erstes gefaßt machen.“

Natürlich wird die Bourgeoisie alles Bisherige und Jenseits einen gewaltigen Spektakel ausrichten, aber die kalifornischen, räuberischen, mörderischen kalifornischen Arbeiter. Andere Genossen werden aber dann wissen, was sie von dem Gehalt zu halten haben. Die Absicht der Entscheidung des kalifornischen Gerichts liegt auf offener Hand. Es kann nach keinem Raisonnement möglich auch jede Wahl annullirt werden, bei welcher die Kandidaten versprochen, die Gehälter der Beamten zu reduzieren oder überhaupt Einsparungen im Budget vorzunehmen, oder auch nur die bestimmte Reform anzustreben. Denn alles dies sind Versprechungen und Bestechungen, gemacht um die Wähler zu bewegen, einen gewissen Kandidaten ihre Stimmen zu geben. Aber es handelt sich ja, wie unser amerikanisches Bruderorgan, die „New Yorker Volkszeitung“ treffend ausdrückt, gar nicht um juristische Deduktionen. Die Sache liegt da, wie es handelt sich bei den kalifornischen Nachbarn, bei uns, daß die Mittel anzuwenden sind, um einen Wahlsieger bei Arbeiter unter allen Umständen die Ehre abzuwehren. Das ist es eben, was Jeder voraussehen mußte, der wußte, daß die herrschende Klasse noch niemals ihre Macht freiwillig in friedlicher Weise aufgegeben hat, sondern immer nur der Gewalt gewichen ist. Dieselben Leute, die von den Sozialisten und Kommunisten fortwährend mit als Vorkämpfer und Räuber sprechen und sie beschuldigen auf den friedlichen Weg der „friedlichen“ als Mittel zu Erreichung ihrer Ziele verwendet, sind die ersten, die vor keiner Schufterei zurückweichen, wenn der Erfolg sich auf dem von ihnen empfohlenen Wege, gegen sie selbst und ihre

